

Das „Hamburger Echo“ am Sonntag täglich einmal, außer bei Feiertagen.
Waggepreis:
Monatlich 2,75 M.
Drei Monate 7,50 M.
Halbjährlich 13,50 M.
Jährlich 24,00 M.
Für Abnehmer...
Wird durch die Post zu bestellen.
Redaktion:
Hoheluft 11, erster Stock.
Telefon: 1601/1602.
Verantwortlicher Redakteur:
Herr Dr. Rudolf Freytag.
Verlag: „Hamburger Echo“-Verlag.
Hoheluft 11, erster Stock.

Einzelverkaufspreis 10 S.

Abbestellungsvorbehalt: Die Abbestellung muss spätestens 14 Tage vor dem Ende des Monats erfolgen.
Anzeigenannahme:
Hoheluft 11, erster Stock.
Telefon: 1601/1602.
Anzeigenpreise sind in der Rubrik „Anzeigen“ zu entnehmen.
Anzeigen ohne Bestimmungsort werden nicht angenommen.

Hamburger Echo

Nr. 185.

Dienstag, den 7. Juli 1925.

39. Jahrgang.

Wie wollen Klarheit!

Im Reichstag steht morgen erneut die Frage zur Entscheidung, ob die große politische Aussprache nun stattfinden soll oder nicht. Die nachstehenden Ausführungen des Abg. Dr. Rudolf Freytag legen den Standpunkt der Sozialdemokratie zu dieser Frage noch einmal dar.

Warum fordern wir eine allgemein politische Aussprache im Reichstag, bevor die deutsche Antwort auf die Briand'sche Note in Sachen der Sicherheits- und Schiedsverträge hinausgeht? Zunächst, weil der Außenminister selbst sie als dringend notwendig bezeichnet hat, da er die Verhandlungen nur auf ein Vertrauensvotum des Parlaments gestützt weiterführen konnte. Nicht nur im Auswärtigen Ausschuss hat er diesen Standpunkt vertreten; Herr Stresemann weiß in für ihn kritischen Momenten immer Wege zu finden, die zu den Parteien — auch zu denen der Opposition — führen, und auf denen er auch einen Einfluss auf die Presse ausüben vermag. Er hat diese Verbindungen in den letzten Wochen benutzt, um auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die seiner Politik von den Deutschnationalen bereitet werden, und er hat verkündet lassen, daß er im Plenum des Reichstags Klarheit geschaffen wissen wolle.

Jetzt freilich ist er still geworden. Der Reichskanzler, der sich schon in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses in ein charakteristisches Schweigen hüllte, und auch dann nicht das Wort ergriß, als ihn der Außenminister geradezu zum Zeugen gegen die Behauptungen des Grafen Brestoff über die Entstehungsgeschichte des deutschen Februar-Memorandums aufrief, hat die Sache in die Hand genommen und bestimmt wieder einmal, so wie er es versteht, die Richtlinien der Politik. Er hat sich mit den Deutschnationalen, denen aus bestimmten Gründen eine öffentliche Aussprache im Augenblick unangenehm wäre, geeinigt, und Herr Stresemann verzichtet auf die angekündigte offene Feldschlacht. „Er zog den Dolch wohl drei Fuß aus der Scheide, besah die Spitze“ und — steckte ihn wieder ein.“ Die Debatte soll erst vor sich gehen, wenn die Antwort im Besitz der französischen Regierung ist. Damit mögen sich Herr Stresemann und seine Partei zufrieden geben, dabei mag sich auch das Zentrum, das seit der Präsidentenwahl aufs neue den Marsch nach rechts angetreten hat, beruhigen. Die Sozialdemokratie aber kann sich zu einem solchen Verzicht auf die Rechte der Volksvertretung nicht bereit finden.

Die Wanders der Kanzlers und der Reichsparteien haben die Situation nicht erhellt, sondern noch mehr verunkelt, und wir erleben zu allem Überflus, wie Tag für Tag in der Presse Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Mitgliedern des Kabinetts vor sich gehen. Behauptung steht gegen Behauptung, und das Parlament hat das Recht, zu erfahren, was wahr und was falsch ist. Es steht sich über seine Pflicht gegenüber dem Volk hinweg, wenn es nicht die Gelegenheit benutzt, hier Klarheit zu schaffen.

Der deutschnationale Innenminister Schiele streitet mit Herrn Stresemann darüber, ob der Inhalt des Memorandums den Mitgliedern des Kabinetts bekanntgegeben worden sei. Herr Schiele sagt nein, Herr Stresemann sagt ja. Nun ist freilich die Schiele'sche Darstellung in sich widersprüchlich und entbehrt sogar nicht der Komik. Ein Minister, der von einem wichtigen, die gesamte Regierung verpflichtenden Schritt eines einzelnen Mitglieds durch die Presse in Kenntnis gesetzt wird, hat nach unserer beschränkten Vorkenntnisse nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, nähere Erklärungen einzuziehen. Fühlt er sich über- oder sogar hintergangen, so hat er die Konsequenzen zu ziehen, schweigt er, so kann er sich der Mitverantwortung für die eingeleitete Politik nicht entziehen, und ebensowenig kann es die Partei, als deren Vertrauensmann er in der Regierung sitzt.

Dazu kommt in diesem Falle noch, daß sich der Innenminister selbst demittiert. Am 25. Mai will er, wie sein jetzt bekannt gewordener Brief an den Abgeordneten Brüninghaus bezeugt, den Inhalt des Memorandums noch nicht gekannt haben. Aber im März hat er nach einer andern von ihm selbst ausgesprochenen Versicherung gegen diesen Inhalt bereits sehr ernste Bedenken erhoben. Es mag belustigend sein, einem Streit, in dem beratend merkwürdige Feststellungen getroffen werden, zu folgen, aber wir stehen nicht in einer Minorität, wenn wir verlassen können, um uns schlafen zu legen, sondern hier stehen die Interessen des deutschen Volkes auf dem Spiel, das wissen will, was in dieser Regierung vor sich geht, und wer in ihr der Reiter und wer das Roß ist.

Nicht aus Neugierde, sondern weil es darüber im Klaren sein muß, ob die Parteien, aus denen sich das Kabinett zusammensetzt, auch tatsächlich entschlossen sind, die Verantwortung für die Politik zu tragen. Es ist kein Geheimnis mehr, daß sich Graf Brestoff im Auswärtigen Ausschuss sehr scharf gegen die von Herrn Stresemann vorgezeichnete Linie ausgesprochen hat. Auch nicht, daß er andeutete, die Regierung sei im Grunde an ihr Februar-Angebot nicht gebunden, da dieses Angebot ja nicht auf einem Kabinettsbeschluss beruhe. Frage: Werden die Deutschnationalen sich gebunden fühlen, wenn jetzt eine Note hinausgeht, die sich im Rahmen jenes Angebots hält, und wenn am Ende Verhandlungen zustandekommen, bei denen das Angebot als unverrückbare Basis gilt?

Daß die Deutsche Volkspartei Richtlinien für eine solche Verhandlung ausgegeben hat, ist ohne praktische Bedeutung. Selbst wenn man annehmen darf, daß dies die Richtlinien ihrerseits zum Posten des Außenministers bekleidenden Vorstehenden sind. Die Deutschnationalen haben bereits an diesen Richtlinien Kritik geübt, und wir wissen nicht, welche Stellung sie in Wirklichkeit zurzeit einnehmen oder gar einnehmen werden, wenn man einmal aus dem Stadium der Vorberätungen herausgekommen sein wird. Wir wissen nur, daß sie jetzt keine Debatte im Reichstag wünschen, weil sie sich nicht festlegen wollen, besonders nicht, solange sie keine Gewißheit über das Schicksal des Zolltarifs haben. Sie werden den Sicherheitsakt, der die Grenzen des Versailler Vertrages noch einmal festlegt, nur unterschreiben, wenn sie ihre Ziele erhalten. Selbst wenn sie diese erhalten haben, ist es noch keineswegs sicher, ob sie Herrn Stresemann zu Willen sein werden. Erst die Zahlung, über die Leistung wird man nachher sprechen.

Kann unter diesen Umständen die Notwendigkeit einer parlamentarischen Debatte überhaupt noch irgend jemand zweifelhaft sein? Herr Lehmann sucht die Ablehnung des Zentrums mit der Bemerkung zu rechtfertigen, daß eine Diskussion vor Ablehnung der Note unter Umständen außerpolitische Schwierigkeiten mit sich bringen könnte. Eine Verlegenheitsausrede. Denn wenn eine Aussprache Gefahren in sich birgt, so sind sie nicht geringer nach der Ueberreichung des deutschen Schriftstücks, als vorher. Niemand verlangt ja auch, daß die Note etwa in ihrem Wortlaut im Reichstag besprochen und von ihm gebilligt werden müsse. Was wir fordern, ist nur Klarheit über die Absichten der Regierung, Klarheit über den Willen der Parteien, die angeblich oder in Wirklichkeit hinter ihr stehen. Solange die nicht vorhanden ist, wird man auch bei den internationalen Verhandlungen immer auf neue Schwierigkeiten stoßen, denn das Mittrauen der Gegenparteien gegenüber dem Wert der Erklärungen und der Unterschrift des Herrn Stresemann wird schwer zu überwinden sein. Die Räumung der nördlichen Rheinlande, die Vorbereitung einer Abklärung unserer ehemaligen Kriegsgegner, die Schaffung einer vernünftigen Verhandlungsbasis für die Nationen Europas — alles das und noch mehr wird hinausgeschoben, weil das Kabinett Luther um seiner Existenz willen eine Politik im Dunkeln treibt.

Ergebnislose Regierungsarbeit

— aber die Industriellen verhandeln weiter.

Berlin, 6. Juli. Zu der Frage, ob mit der Verbarung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen auch automatisch eine Verbarung der privaten deutsch-französischen Industriebeziehungen verbunden ist, erörtert die „Vossische Zeitung“ aus beteiligten Kreisen, eine derzeitige Notwendigkeit besteht nicht. Mutmaßlich werden diese Verhandlungen, die Ende dieses Monats in Paris stattfinden sollen, auch weiterhin fortgeführt werden. Auch das Abkommen der eisenverarbeitenden Industrie mit der Eisenindustrie über den Export soll, dem Blatt zufolge, ebenfalls durch die Aussetzung der Handelsvertragsverhandlungen nicht berührt werden.

Diese Meldung ist einfach beschämend für die Lutherregierung. Was sie nicht fertig bringt — bringt die Industrie fertig. Sie verhandelt also jetzt über den Kopf der Berliner Staatsmänner weg und schafft sich so Verständigungsgrundlagen, die sie später jeder Berliner Regierung aufzuzwingen in der Lage ist. Der Vorgang ist einfach beispiellos! Hier wäre es einmal am Platz, von der Wahrung des Staatsprestiges zu reden, das indes von den Reaktionskreisen nur gegenüber der Arbeiterklasse betätigt werden soll. Von einer Verteidigung dieses Prestiges gegenüber den Schlotbahnen aber ist keine Rede. Im Gegenteil! Man steht vor ihnen — wieder einmal — Belegungen ein, die an Easigkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

Die Durchpreisung der Zollvorlagen hat begonnen.

Sachliche Beratungen werden abgewürgt. / Die Mehrheit schluckt alles.

Es wiederholen sich jetzt im handelspolitischen Ausschuss des Reichstags ähnliche Vorgänge, wie sie bei den großen Zollkämpfen des Jahres 1902 sich abgepielt haben. Zu einer sachlichen Aussprache über die wirtschaftlichen Wirkungen der vorgeschlagenen Zollvorlagen sind die Parteien des Reichstags nicht mehr zu bewegen. Sie möchten möglichst ohne weitere Verhandlung „die Ernte in die Scheune bringen“. Jeder Versuch der sozialdemokratischen Vertreter im Ausschuss, eine gründliche Prüfung der einzelnen Zollpositionen vorzunehmen, wird mit äußerster Rücksichtslosigkeit abgewürgt.

An der Montag-Vormittags-Sitzung gab es zwischen dem Volksparteiler Dr. Schneider und den Sozialdemokraten wieder einmal eine Zusammenkunft. In seiner schon verschiedentlich charakterisierten, überhöflichen Weise wendete sich Schneider, der Schöpfer einer Unternehmerrorganisation ist, gegen einige sachliche Argumentationen des Genossen Wiffel. Er gestattete sich dabei eine solche Schmelzei, daß sich die Vertreter der Opposition geschlossen und spontan dagegen wehrten. Schließlich legte der Ausschuss seine Beratungen bei der Gruppe „Steine und Erden“ fort. Genosse Silberstein wandte sich gegen die Argumentation der Regierung und wies im einzelnen nach, wie verheerend die Zollvorstellungen auf die in Deutschland zu einer großen Höhe entwickelte Textilindustrie wirken würden. Er wurde jedoch unterbrochen vom Genossen Fröhlich, der aus eigener Anschauung ein treffendes Bild von der Thüringer Porzellan- und Steingutindustrie gab. Bereits die Zollsätze des Tarifs von 1902 haben viel Unheil angerichtet; eine neue Zollvorstellung muß für die gesamte baltische Wirtschaft zu einer Katastrophe werden und zu furchtbaren sozialen Erschütterungen führen. Bei der Abstimmung über die bei diesen Positionen von den Sozialdemokraten gestellten Anträge stimmte

der Regierungsblock geschlossen gegen die Opposition und verwarf dadurch der Regierungsvorlage zur Annahme. Der in der Vormittags-Sitzung letzte geheime Konflikt war am Nachmittag sofort da. Die Regierungsparteien versuchten erneut, die Redezeit zu beschränken. Sie verlangten in einem Antrag eine geschlossene Zusammenfassung der einzelnen Positionen und außerdem für die Untergruppen jeder Fraktion nur eine Stunde Redezeit! Genosse Reichsied wandte sich entschieden gegen diese Einengung. Er betonte, daß es bei dieser wichtigen Frage nicht von geringerer Bedeutung sei, als zum Beispiel bei den Steuervorlagen und bei der Ausfertigung, daß eine gründliche Aussprache ermöglicht werde. Wenn jetzt im Eiletempo gearbeitet werden müsse — und die Sozialdemokratie sei bereit, die Arbeit so weit als möglich zu beschleunigen — so sei die Schuld auf Seiten der Regierung zu suchen, welche die Vorlage — dazu noch miserabel begründet — so spät eingebracht habe. Der offensichtlichste Wille der Regierungsparteien, die Verhandlungen zu sabotieren, indem sie sich auf keine sachliche Aussprache einließen, könne die sozialdemokratische Fraktion nicht dazu bewegen, von dem Vorhaben abzustehen, im Interesse unserer Wirtschaft für die Verfertigung der Materie zu verwenden. Die Genossen Müller, Rosenfeld und Fröhlich äußerten sich ähnlich. Fröhlich wies besonders auf die Komplexität der Materie Textilwaren hin, die unter keinen Umständen in so knapper Zeit durchgesprochen werden könne. Schließlich wurde auf sozialdemokratischen Antrag mit Unterstützung der Kommunisten, der Demokraten und des Zentrums die Abstimmung über den Guillotine-Antrag vorläufig vertagt.

Eine große Debatte entspann sich dann über die Positionen Glas. Dabei wies Genosse Duschitz, auf ein vorzügliches

Material gestützt, nach, daß die Rückständigkeit der deutschen Glasindustrie nicht durch einen höheren Zollfuß befestigt werden kann. Die technische Ausgestaltung der Betriebe unterliege, während die Unternehmer ihre Willen für sich ausnützten und zugehörige Summen in Luxusautos anlegten. Wollte man der Glasindustrie helfen, dann solle man vor allem auch für einen ausreichenden Arbeiterlohn eintreten, der, wie die Erfahrung lehre, überall produktionsfördernd wirke. Schneider (ZSP) verlangte dagegen einen ausreichenden Zollfuß für die bearbeitenden Industrien. Er glaube die belgische Glasindustrie leistungsfähig zu finden, die dort allgemein üblichen Arbeitsverhältnisse. Die Preisbildung der belgischen Industrie für die schlesische Glasindustrie wurde vom Genossen Dr. Rosenfeld durch eine Darlegung der Verhältnisse in Thüringen wirkungsvoll ergänzt. Er fragte insbesondere die Regierung, was sie, wenn ihr die Förderung der Industrie am Herzen liege, zu tun gedente, um die Industrien zu zwingen, ihre Betriebe durch Verwendung der neuesten Arbeitsmethoden rentabler zu gestalten.

Ueber die gleiche Frage äußerte sich noch der Genosse Fröhlich. Er wies auf die glänzende Entwicklung einiger Glasfabriken hin und stellte dazu in Gegensatz die furchtbare Lage, in der sich die weiterverarbeitende Heimindustrie mit ihrer Arbeiterkraft befindet. Die Glasfabriken seien ohne Zollfuß in der Lage, jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten. Die Preisbildung durch den Zoll bedeute nichts anderes als eine Erhöhung für die weiterverarbeitenden Gewerbe und eine Verschlechterung des inländischen Marktes. Aber auch diese Argumente blieben fruchtlos.

Die Mehrheit stimmte die sozialdemokratischen Anträge nieder. Dann begann der Ausschuss mit der Beratung der Gruppe „Textilien“, und zwar mit der Unterabteilung Seide. Die Generaldebatte über die ganze Materie wird im Anschluss erfolgen. Genosse Kräbig, einer der besten Kenner der wirtschaftlichen Bedingungen des Textilgewerbes, wies nach, daß in der autarkisierten Seidenindustrie das Bestreben vorherrsche, die Ware nach dem Auslande billiger zu verkaufen als für den inländischen Markt bediene. Durch die ungeheuer hohen Zölle werde für die Seidenindustrie ein Monopol geschaffen, mit dessen Hilfe die Seidengewaltigen eine absolute Preisbildung ausüben. Das Resultat ist, daß die Fertigungsindustrie (Konfektion, Strickwarenfabriken usw.), um Konkurrenzfähigkeit zu bleiben, einen brutalen Lohnrückgang ausübt, der die soziale Lage der Arbeiterklasse ins Unerträgliche steigert. Kräbig betonte, daß es vom sozialistischen Standpunkt aus sehr erwünscht wäre, einmal eine genaue Prüfung des wirtschaftlichen Ertrages der Seidenindustrie vorzunehmen. Dadurch würde der Reichserebracht werden können, daß zur Steigerung der Rentabilität der Zollfuß eine höchst überflüssige Maßnahme ist.

Sehr treffende Worte fand die Genossin Schiffgens, eine ehemalige Textilarbeiterin aus dem Wachsen Wegitz. Wie soll die deutsche verarbeitende Industrie Zollfüße zu tragen vermögen, wie sie die Regierungsvorlage vorsieht? Die Entwicklung in anderen Ländern (England, Italien) in technischer Hinsicht der deutschen weit voraus. Ihr zu folgen ist die erste Voraussetzung gesunder Wirtschaftlichkeit. Dadurch wird man das ganze Gewerbe auch bedeutend mehr fördern als durch die Einführung von Schutzzöllen, die jedes Maß dermaßen lassen. Es wird dann auch gelingen, den Inlandsmarkt zu erobern und mit werden nicht mehr zu beklagen haben, daß die deutschen Artikel im Ausland zum halben Inlandspreis verkauft werden. Die Anträge der Sozialdemokraten wurden trotzdem auch hier abgelehnt. Wie ein Automaten bediente die Regierungsmehrheit die vorgeschlagenen Sätze. Dienstag Weiterberatung.

Vor der Landtagsauflösung in Sachsen.

Am Sonntag hat in Dresden der Bezirksparteitag der SPD für Ostpreußen getagt und sich u. a. am Abend mit dem Parteivorstand (der gestern im Echo abgedruckt ist) beschäftigt. Der Parteivorstand nahm eine längere Resolution an, in der er sich zu der Entschliessung des Parteivorstandes wie folgt äußert: Der Parteivorstand nimmt Kenntnis von der Entschliessung des Parteivorstandes zum sächsischen Konflikt, wonach sich der Parteivorstand der Auffassung der sächsischen Parteigenossen anschließt, daß es

„die Pflicht der sächsischen Parteimitglieder im Landtage ist, ungesäumt die Auflösung des Landtages herbeizuführen, um damit die Grundlage zu schaffen für die Wiederherstellung der Einheit und Geschlossenheit der Partei, die allen anderen Erwägungen voranzustellen werden muß und für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung ist.“

Der Parteivorstand vertritt daher nochmals entschieden die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, ungesäumt die notwendigen Schritte zur Auflösung des Landtages zu tun. Wie das W.D. aus Dresden meldet, haben die sächsischen Linkssozialisten heute einen Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt.

Auch die Kommunisten sollen einen Auflösungsantrag gestellt haben, über den in der heutigen Landtags-Sitzung bereits abgemittelt werden sollte. Die Deutschnationalen wollen dafür stimmen. Das würde eine Ueberempfehlung bedeuten; denn in der Sozial-

demokratischen Partei sollen bekanntlich nach dem Entschluß des Parteivorstandes erst die noch stehenden Ausschlußverfahren erledigt werden, bevor es zu Neuwahlen kommt.

Zur Frage der Neuwahlen unter solchen Umständen äußert sich das sächsische Volksblatt (Glocke) wie folgt:

Die sächsische Parteigenossenschaft steht vor einer schweren, bedeutungsvollen Entscheidung. Nach allem, was die 24 der Fraktionsmehrheit in den letzten Wochen vollbracht haben, sind die Aussichten für die Landtagswahl gegenwärtig nicht besonders glänzend. Man braucht nur einmal auszusuchen, daß nach der Wiederaufnahme der 23 in die Partei der Landtagsauflösung gefordert werden soll unter der Parole: „Für die Verbesserung der Gemeindeordnung.“ Das ist nur ein Beispiel. Aber wir müssen durch. Darum gilt es trotzallem, möglichst schnell zu entscheiden.

Ohne Zweifel hätte sich die Lösung des Konfliktes leichter bewerkstelligen lassen, wenn schon im vorigen Jahre, als wir es hier forderten, der Landtag aufgelöst worden wäre. Man hat mit dem Aufschreiben der jetzt doch unvermeidbar gewordenen Maßregel nur erreicht, daß der Konflikt sich noch vergrößerte.

Offensichtlich wird nun wenigstens die Erwartung nicht getäuscht, daß der Wahlkampf in geschlossener Front geführt wird und alles, was noch von Wählungsstreit zurückbleiben ist, in die zweite Linie gerückt wird. Dann kann gerade unter den heutigen politischen Verhältnissen der Wahlkampf in dem alten roten Sachsen der Sozialdemokratie zum Sieg — und zur Wiedererlangung der inneren Einheit — beitragen.

Sinnenspiel.

Aus einem Tagebuch, mitgeteilt von Kurt Eisner.

1. Juli 1899.

„Wohin willst Du?“

„Die Lampe anzünden, Schatz!“

„Dah! Dah! Es ist so schön in der Dämmerung.“

„Du weilst, ich hasse die Dämmerung, weil sie zur Untätigkeit verdammt. Ich muß noch die Zeitung lesen.“

„Früher dochst Du anders über die Dämmerung.“

Früher — das Lieblingswort Klaras — trifft mich stets wie die Berührung eines bloßliegenden Nervs. Auch gestern, als wir in unserem Balkonzimmer vor der geöffneten Tür miteinander saßen — die Kinder waren zu Bett gebracht — ward ich unmutig. Aber ich begnügte mich möglichst sanft die Privatität zu äußern:

„Früher ja. Heute baktieren wir: jetzt. Man muß sich in die Zeit schicken.“

Klara seufzte: „Ach ja, die Liebel! Sie ist geschwind — im Rückzug.“

Ich: „Das hat mit der Liebe gar nichts zu tun!“

Klara: „Unser alter Streit! Mein, wahrhaftig, Du täuschst mich nicht. Du liebst mich nicht mehr, wenigstens nicht so wie einst.“

Dann fuhr sie halb scherzend, halb ernsthaft fort: „Stehst Du, nun kochst Du schon eine halbe Stunde mit Dir. Ich habe meine lieblichsten Schuhe angezogen und Strümpfe von poetischer Färbung und zarternem Gebebe —“

„Wir oder den anderen zu Ehren?“ warf ich neckend ein, um die Dämmerstunde banger Empfindbarkeit zu beendigen.

„Dir zuliebe“, erwiderte Klara fast feierlich. „Ich weiß ja, daß Du ein Fußschwärmer bist, und habe mit diesen Füßchen, für die Du Dich einst begeistertest, seit einer halben Stunde den wibhesten Luftzug ausgeführt. Du hast nichts bemerkt?“

Klaras Stimme hat jenen Ton klagender Schelmerei angenommen, der auch mir stets das „Früher“ lebendig macht, und nun kam es doch über mich. Ich kniete nieder und küßte sie auf den Fuß.

„Was für Mühe Du Dir gibst!“ meinte Klara.

„Auffrichtig, Lieb!“

Das Kosenwort bannte ihren Zweifel. Lie! — sie hör's nur selten noch von mir. Und in ihrer Stimme klang es wie bebende Eingebung, als sie flüsterte:

„Wirklich?“

Da streifte ich leise und rasch den Strümpf von ihrem Fuß und küßte ihn auf die feine, schimmernde Haut. Wir schwiegen beide.

Dann aber, von der Gewohnheit der Unzärtlichkeit gepackt, obwohl ich diesmal fühlte, was ich tat, hüllte ich den Fuß wieder ein, sprang auf und sagte, in der zerschütternden Unwahrscheinlichkeit des Spottes:

„Welche Kindererbi für einen alten Mann!“

Klara schrak zusammen, und fast bitter sagte sie:

„Nun denkst Du wohl, hast Du Dir die Lampe verdient!“

In mir aber war die weiche Stimmung noch nicht ganz verschwunden. Ich strich leise über ihr blondes Haar und schmeichelte sie wiederholt in meinen Bann. Mich gelüftete es plötzlich, zu — dozieren.

Und ich prebligte:

„Du spielst stets das Früher aus, und gerade dadurch fröhst Du unser Verhältnis. Die Liebe hört nicht auf, aber sie muß sich ändern, wenn sie nicht absterben werden soll. Jedes Alter hat seine eigene Form und sein eigenes Recht, zu empfinden und zu genießen. Man darf nicht die Formen der früheren Zeit beibehalten wollen. Was beim Kind reizend ist, kann beim Manne widerwärtig sein. Das Kind, das mit Wollust ist, erregt unser Entzücken. Wenn der Erwachsene sich so leibenschäftlich diesem Genuße hingibt, ist er gemein. Es ist lustig, wenn Knaben sich prügeln. Zwischen Männern ist es

eine Noheit. Der Jüngling und der junge Mann darf sich die süßen Albernheiten der Verliebtheit gestatten, beim reifen Mann ist es unwürdig, beim Greise gar ekelhaft. Die tierisch-temperamentvolle Unmündigkeit des Knaben würde das Weib zur Märrin machen, und die Leidenschaft der Jungfrau wird bei der Matrone abscheulich, widernatürlich.

„Aber ich bin doch keine Matrone!“

„Gewiß nicht.“ dozerte ich weiter, „doch auch nicht mehr in jener Jugend, da man zum erstenmal ins Land der Liebe wandert, in jeder Sekunde neue Welten schauend und auf jedem Punkte Hüften bauend wie für die Ewigkeit. Wir können unsere Unschuld nicht wiedergewinnen, und uns zient die ernste, pflichtdurchdrungene, freundschaftliche Liebe der reifen Ehe. Für die Frau, die ja noch, unter den bestimmten Bedingungen ihrer geschichtlichen Entwicklung, weit mehr in ihren Gefühlen lebt, als der Mann, der seine Seele der tätigen Welt weicht, mag der Uebergang schwerer sein, als für uns. Sie meint aber die Veränderlichkeit der Liebe, kennt nur Leidenschaft oder Stumpfheit, nichts Drittes und Viertes, und will es nicht einsehen, daß jede Zeit ihre eigene Art Liebe hat, daß die Liebe nicht aufhört, weil sie sich notwendigerweise anders gestaltet, weil nicht jede Liebe sich für jedes Alter schickt. Auch Dir, Klara, fällt diese Einsicht schwer. Sonst würdest Du nicht von der Unmöglichkeit und Widerständigkeit träumen, das Früher zu halten.“

„Du magst recht haben. ... Ich bin sehr dumm. ... Verzeih!“ Ich kann mich in der Tat nicht an die Notwendigkeit so leicht gewöhnen. ... aber ich liebe es ein. ... Und nun hast Du Dir Deine Lampe und Zeitung wirklich verdient.“

Klara sprach das hastig, erhob sich und zündete das Licht an. Unmittelbar darauf kamen die „Anderen“, unsere Gäste. Die Geduld, Klarheit zwischen uns zu schaffen, war zu Ende.

Ich habe die Lebensgewohnheit, fast ausschließlich mit jungen Leuten Verkehr zu pflegen. Ich bleibe so selber jung,

tauche immer wieder in die Stimmung und Streben der heranwachsenden Generation, bleibe in der Kammer der akademischen Wissenschaft, und während ich mehr Hörer bin, suche ich meine Freunde politisch zu lehren. Studenten von allgemeinem Interesse und stillchem Idealismus sind heute selten; trotzdem glückte es mir bisher stets, einen kleinen Kreis Gleichgesinnter um mich zu haben. Heute kamen sie nun, wie gewöhnlich am späten Abend, zu einer zwanglosen Abschiedsplauderei bei Bier, Tee und Zigarren.

Wir waren bald im lebhaften Gespräch. Klara verwalte die wirtschaftlichen Angelegenheiten. Wir sind eigentlich stets recht unglücklich gegen die einzige Frau in unserem Kreise; sie sieht meist still bei uns, hört zu und beschäftigt sich mit einer feinen Citrerie. Sie strebt ernstlich, der Unterhaltung zu folgen, aber ich weiß, daß ihr unsere Thematika fernliegen und daß sie sich in das Interesse gewaltsam und erfolglos zwingt. Da ist es allen lieb, wenn das „Kind“ unter uns ist, der jüngste der Gesellschaft, ein hübscher, frischer Bursche, der wohl des Kontrastes wegen unter uns Ernsthaften wohl gefittet ist. Das „Kind“ steht sich dann zu meiner Frau, und sie plaudert in einer Ede vergnüglich von harmlosen Dingen. Heute war das „Kind“ vorhanden; und es hatten einen besonders anregenden Gesprächsstoff mitgebracht: seine Fußwanderung durch Italien, die er im Frühjahr unternommen. Infolge meiner Krankheit war unser Ziel seit dem Februar nicht zusammen gekommen, und der Verkehr hatte sich auf Erkundigungen Einzelner nach meinem Befinden beschränkt. Das „Kind“ brachte also das neueste, und durch Naturbegeisterung läßt sich Klara leicht fortziehen. Sie wandert so unablässig durch die schönsten Gegenden der Erde — in Gedanken, und mein Besprechungs ist regelmäßig eine Mappe mit landschaftlichen Aquarellzeichnungen, Radierungen oder Photographien. Auch eine Mappe: Italien befindet sich unter ihren Schätzen. Die holte sie heute hervor, und das „Kind“ bildete den Cicero, indem sie beide gemeinsam die Wälder anschauen. (Fortsetzung folgt.)